

01 - Büro des Oberbürgermeisters
Frau Doll

Datum:
16.02.2017

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "Resolution in Sachen IHK-Fusion" (Antrag der SPD-Fraktion sowie der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/FDP/CDU vom 15.02.2017, eingegangen am 16.02.2017 um 10:16 Uhr)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	28.02.2017	Verwaltungsausschuss
Ö	02.03.2017	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

s. Antrag der SPD-Fraktion sowie der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/FDP/CDU vom 15.02.2017, eingegangen am 16.02.2017 um 10:16 Uhr

Beschlussvorschlag:

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

a) für die Erarbeitung der Vorlage: 25,00 €
aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.

b) für die Umsetzung der Maßnahmen:

c) an Folgekosten:

d) Haushaltsrechtlich gesichert:

Ja
Nein
Teilhaushalt / Kostenstelle:
Produkt / Kostenträger:
Haushaltsjahr:

e) mögliche Einnahmen:

Anlage/n:

Antrag der SPD-Fraktion sowie der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/FDP/CDU vom 15.02.2017, eingegangen am 16.02.2017 um 10:16 Uhr

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

16 18/2

eingegangen am 16.02.17
um 10:16



SPD Fraktion
Auf dem Meere 14/15
21335 Lüneburg



Gruppe CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP
Stadtkoppel 16 Neue Sülze 4 Konrad-Zuse-Alle 13
21337 Lüneburg 21335 Lüneburg 21337 Lüneburg

Hansestadt Lüneburg
Herrn Oberbürgermeister
Ulrich Mädge

- Rathaus -

Lüneburg, der 15. Februar 2017

Resolution in Sachen IHK-Fusion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Ratssitzung am 02. März 2017 bitten wir um die Beratung und Beschlussfassung der nachstehend aufgeführten Resolution:

Eigenständigkeit der IHK Lüneburg-Wolfsburg erhalten!

Die Mitglieder des Rates der Hansestadt Lüneburg verfolgen seit Anfang Februar 2017 mit großem Interesse die öffentliche Debatte über eine mögliche Fusion der IHK Lüneburg-Wolfsburg mit der IHK Braunschweig.

Die Mitglieder des Rates der Hansestadt Lüneburg teilen die Positionierung der Landräte aus Lüneburg, Winsen und Stade, sowie des Oberbürgermeisters der Hansestadt Lüneburg in dieser Angelegenheit. Hierbei geht es um die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region und um 136 Arbeitsplätze bei der IHK Lüneburg-Wolfsburg.

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fordert aus diesen Gründen die regionalen Vertreter in der Vollversammlung der IHK Lüneburg-Wolfsburg auf, sich für den Erhalt der Eigenständigkeit stark zu machen und sich gegen eine Fusion mit der IHK Braunschweig zu positionieren.

Begründung:

Mit der angedachten Fusion der beiden Kammern und den bislang öffentlich bekannt gewordenen Überlegungen hierzu, wird deutlich, dass sich die Kammeraktivitäten schwerpunktmäßig in Richtung Wolfsburg/Braunschweig verlagern werden.

Unsere, durch den Mittelstand geprägte Region, mit der Orientierung in den Wirtschaftsraum Hamburg, wird aller Voraussicht nach, nur noch eine untergeordnete Rolle im neuen Kammergebilde spielen. Diese zu erwartende Situation wird auch nicht durch den wohl angedachten Ausbau der „regionalen Präsenz“ geheilt.

Eine weitergehende Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus-Dieter Salewski

(SPD-Fraktionsvorsitzende)



Niels Webersinn

(Sprecher der Gruppe CDU, Bündnis90/Die
Grünen, FDP)